

**Haushaltsrede  
zur Einbringung des Haushaltsplanes 2016  
Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,  
sehr geehrte Damen und Herren,

den meisten von uns ist sicher noch ein deutscher Schlager aus dem Jahr 1977 im Ohr:

Johanna von Koczian sang den Titel: Das bisschen Haushalt.

Die erste Textzeile?

Das bisschen Haushalt macht sich von allein - sagt mein Mann.

Auch wenn damit natürlich nicht ein städtischer Haushalt gemeint war, möchte ich hier bei meiner ersten Haushaltsrede gleich dagegen halten. Denn beide Haushalte machen sich NICHT "von allein".

Beginnen möchte ich deshalb meine Haushaltsrede mit einem Dank an unseren Kämmerer und meinen allgemeinen Vertreter Mathias Krümpel und den Fachbereichsleiter für Finanzen, Jürgen Wullkotte, die mit Ihrer Mannschaft dieses Zahlenwerk auf insgesamt 474 Seiten zusammengestellt haben.

Herr Krümpel wird den Haushalt gleich natürlich noch genauer vorstellen. Ich denke, ich spreche im Namen aller Ratsmitglieder: Herzlichen Dank für diese Arbeit.

Zunächst ein kleiner Rückblick auf meinen ersten Arbeitstag im Rathaus. Im Vorfeld haben wir gemeinsam die Dinge so organisiert, dass ich sofort arbeitsfähig war. Das erste Gespräch habe ich dann auch gleich mit den Herren Krümpel und Wullkotte geführt.

Meine erste Unterschrift:

Entwurf der Haushaltssatzung mit einem Defizit von 8,3 Mio Euro. Das war jetzt nicht völlig überraschend für mich. Es bestärkt mich in meiner Einschätzung, dass das Thema Haushaltskonsolidierung ganz oben auf unsere gemeinsame Agenda gehört.

Noch ein weiterer Blick auf meinen ersten Arbeitstag:

Ich habe bewusst hier als Bürgermeister auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachstelle Migration das Gespräch gesucht und mich aus erster Hand informieren lassen, wie die aktuelle Situation ist. Dabei habe ich sehr motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erlebt.

Gemeinsam wird versucht, um eine angemessene Unterbringung realisieren zu können.

Bis Ende des Jahres 2016 müssen wir davon ausgehen, dass wir in Rheine zwischen 1500 und 2000 Flüchtlinge zusätzlich beheimaten müssen.

Unsere gemeinsame Aufgabe, also die gemeinsame Aufgabe von Rat und Verwaltung, wird es sein, zuallererst diesen verfolgten Frauen, Männern und Kindern, ob aus Syrien, Afghanistan, Eritrea oder Ghana, dem Iran oder dem Irak Sicherheit zu geben, sie menschenwürdig unterzubringen, Ihnen das Gefühl vermitteln: Hier sind Sie sicher! Hier sind Sie willkommen.

Wir werden auch im Jahre 2016 verstärkt nach Lösungen suchen müssen, um mit der weiter zunehmenden Zuwanderung umgehen zu können.

Die Versorgung mit Wohnraum ist sicher die vordringlichste Aufgabe, die von uns gemeinsam geschultert werden muss.

Parallel dazu müssen wir jedoch verstärkt Konzepte und Ideen zur Integration dieser Gruppe in unsere Stadtgesellschaft vorantreiben und bei der jetzigen Größenordnung neu justieren.

Fast täglich lese ich in der Zeitung, wie das organisiert werden soll. Amt, Stabsstelle ... Ich bin gespannt, was noch kommt.

Sie können davon ausgehen, dass ich eine klare Vorstellung davon habe, wie das zu organisieren ist. Sie können auch davon ausgehen, dass ich nicht einfach eine zusätzliche Koordinationsstelle fordere.

Sie werden schon sehr bald hören, wie wir hier im Rathaus, wie wir hier als Verwaltung mit diesem Thema umgehen. Das gehört zur Organisationsgewalt des Bürgermeisters, dafür bin ich verantwortlich und ich werde die Dinge so organisieren, dass ein gutes Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger dabei herauskommt.

Ich habe am letzten Dienstag beim Markt der Möglichkeiten festgestellt, wie hoch die Bereitschaft ist, diese Integrationsleistung gemeinsam zu entwickeln und zu gestalten.

Über diese positive Grundstimmung in unserer Stadt können wir nur froh sein. Diese Stimmung zu erhalten ist unser aller Aufgabe.

Ich habe dafür geworben und werbe auch heute dafür, nicht in Aktionismus zu verfallen, sondern die Unterstützungsleistungen, die Arbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen sauber zu koordinieren.

Ich werde das Thema Flüchtlinge und Zuwanderung gemeinsam mit Frau Karasch und Herrn Krümpel und den zuständigen Fachbereichsleitern ganz eng begleiten. Dabei muss es uns gemeinsam, gemeinsam mit Ihnen meine Damen und Herren, gelingen, dass wir die Bevölkerung Rheines mitnehmen, dass wir gemeinsam die Chancen sehen, aber vor den Problemen auch nicht die Augen verschließen.

Die sogenannte Flüchtlingskrise hat natürlich auch auf den städtischen Haushalt Auswirkungen:

Im aktuellen Haushaltsplanentwurf sind für 2016 erneut 2 Mio. Euro für die Bereitstellung und Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften eingeplant. Ich kann Ihnen jetzt schon verraten, dass diese Mittel nicht ausreichen werden. Die Verwaltung wird Ihnen daher im Rahmen der Haushaltsplanberatung noch weitere Vorschläge bezüglich der personellen und der sachlichen Ausstattung unterbreiten.

Dies werden wir, und dafür stehe ich, mit dem nötigen Augenmaß tun. Aber keiner kann die weitere Entwicklung vorhersehen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass wir weitere Ressourcen bereitstellen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soviel zunächst zur aktuellen Flüchtlingssituation.

Wie sieht die Haushaltssituation aktuell in Rheine aus?

Seit 2006 – also innerhalb von nur 10 Jahren – haben wir das Eigenkapital unserer Stadt zu etwa einem Drittel verbraucht. Für 2016 sieht der Haushaltsplanentwurf – wie bereits gesagt – ein Defizit von 8,3 Mio. Euro vor.

Die Grundsteuererhöhung, die die Ratsmitglieder von SPD, CDU und Grünen zum 01.01.2015 beschlossen hatten, hat uns nur etwas Zeit verschafft. Sie hat eine drohende Haushaltssicherung vorerst abgewendet und gibt uns jetzt die Möglichkeit, selber das Schiff wieder auf Kurs zu bringen.

Sollten wir in die Haushaltssicherung geraten, steht für mich fest, dass die Finanzaufsicht den Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen durch weitere Steuer- und Gebührenerhöhungen verfolgen würde. Dies widerspricht meiner Grundeinstellung: Aufwandsreduzierung geht vor Steuererhöhung.

Beim Thema Aufwandsreduzierung müssen wir mehr liefern.

Die Personalaufwendungen der Stadtverwaltung steigen gegenüber der bisherigen Planung für 2016 um rund 860.000 Euro auf 32 Mio. Euro. Zum Teil verhält sich der Anstieg der Personalaufwendungen ergebnisneutral, da diesen auch Erträge gegenüber stehen.

Ungefähr die Hälfte des Anstieges der Personalausgaben hängt mit zusätzlichen Aufgaben zusammen – zum Beispiel im Zusammenhang mit der Überwachung des fließenden Verkehrs. Außerdem wurden die Pensions- und Beihilferückstellungen durch die Versorgungskasse neu kalkuliert.

Aufgabenumfang und Personalumfang sind unmittelbar miteinander verbunden. Daher sind Verwaltung und Politik weiterhin aufgefordert, in einem gemeinsamen Dialog Aufgaben- und Organisationskritik zu üben. Immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal: Das wird nicht funktionieren. Wir müssen auch den Mut aufbringen, uns von bestimmten Aufgaben zu trennen.

Natürlich können wir es uns leicht machen und darauf verweisen, dass unser Haushalt abhängig von Entscheidungen des Bundes, des Landes, des LWL oder des Kreises ist. Natürlich sorgt auch die demografische Entwicklung dafür, dass die Ausgaben im Sozialbereich weiter steigen. Auch Aufgabenübertragungen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich sind für die kommunale Ebene ein erhebliches Problem.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Kommunen gerade in den letzten Jahren auf der Ertragsseite so gut dastanden, wie lange nicht mehr.

Wir werden daher nicht umhin kommen, einen strikten Sparkurs einzuschlagen. Hierbei müssen unangenehme Entscheidungen getroffen werden und diese auch gegen Widerstände verteidigt werden.

Wenn wir gemeinsam Rheine gestalten wollen, dann gehört dazu eine transparente, frühzeitige und umfassende Information. Wir alle erinnern uns an die teils heftigen Reaktionen der Bürgerschaft zur letzten Grundsteuererhöhung. Dabei ist mir eines wieder ganz klar geworden: Akzeptanz erreicht man nur durch Transparenz.

Die Verwaltung wird daher zusammen mit der Münsterländischen Volkszeitung in den nächsten Tagen eine kleine Artikelserie zum Haushalt veröffentlichen. In der Serie werden wir wesentliche Positionen des Haushaltsplanes nennen und die damit verbundenen Aufgaben und Leistungen erläutern. Die Artikel sollen aufklären und sachliche Diskussionen ermöglichen.

Das ist natürlich noch kein Bürgerhaushalt. Ich möchte aber jetzt schon alle Rheinerinnen und Rheinenser einladen, mir Ihre Anregungen zum städtischen Haushalt mitzuteilen. Gerade Vorschläge zur Aufwandsreduzierung sind immer gern gesehen. Hierzu haben Sie über unsere Internetseite [rheine.de](http://rheine.de) jederzeit die Möglichkeit.

Wir werden das nächste Jahr nutzen, um zu prüfen, ob wir den Haushalt verständlicher über unsere Internetseite darstellen können und wie eine angemessene Bürgerbeteiligung aussehen könnte.

Ich meine, wir müssen die alten Rituale bei der Haushaltseinbringung und Haushaltsverabschiedung hinter uns lassen.

Kommunalfinanzen wieder in den Griff zu bekommen, das ist ein dickes Brett. Und dieses Brett lässt sich am besten gemeinsam bohren.

Meine Damen und Herren, ich komme ein weiteres und letztes Mal auf meinen ersten Arbeitstag zurück. Terminiert war für den 21.10. eine gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses wegen der künftigen Gestaltung der Elternbeiträge in der Kita und im Ganztage.

Wie Sie dem Haushaltsplanentwurf entnehmen können, ist eine Harmonisierung der Beiträge für den Bereich der schulischen Betreuung und der Betreuung in den Kitas nicht eingeflossen.

Grundsätzlich stehe ich dazu, dass eine Harmonisierung und damit eine Transparenz der Beiträge in diesen beiden Rechtsbereichen umgesetzt werden sollte.

Ich habe jedoch kurzfristig entschieden, die weitere Beratung der neuen Beiträge zunächst auszusetzen, da ich zwar von der Grundidee überzeugt bin, ich jedoch hinsichtlich der Auswirkungen mich noch intensiver mit den Folgen für die betroffenen Eltern und auch den betroffenen Trägern beschäftigen möchte.

Auch hier bin ich der Überzeugung:

Erst die Ausgabeseite, dann die Einnahmeseite. Bevor wir durch Harmonisierung der Beitragssatzung hier Mehrerlöse von jungen Familien generieren, möchte ich genau geprüft haben, ob das erforderlich ist. Ob uns das gelingt, bleibt abzuwarten. Die Eltern haben zumindest für das nächste Jahr Planungssicherheit, dass sich die Beiträge nicht erhöhen werden.

Eine Absage muss ich aber der Forderung erteilen, eine völlige Beitragsfreiheit einzuführen. Für solche Geschenke fehlt uns schlicht das Geld.

Neben diesen Überlegungen spielte bei meiner Entscheidung auch eine Rolle, dass im Rahmen der Finanzierung der Kitas zurzeit auf Landesebene unter anderem die jährliche Erhöhung der so genannten Kindpauschale um 1,5% intensiv diskutiert wird.

Die Träger der Kitas weisen seit längerem darauf hin, dass diese jährliche Erhöhung nicht einmal die Personalkostensteigerungen abdeckt. Jeder Prozentpunkt Erhöhung dieser Pauschale würde bei bestehender Kostenverteilung der Stadt jährlich rd. 140.000 € Mehrausgaben kosten.

Ob und wenn dann in welcher Struktur die Kindpauschale neu justiert wird, kann zurzeit noch nicht gesagt werden, so dass nach meiner Auffassung zunächst abgewartet werden sollte, welche Auswirkungen auf den städt. Haushalt zu erwarten sind.

Daneben gibt es aktuell Verhandlungen auf Landesebene zur Einführung einer landeseinheitlichen Elternbeitragsregelung, damit in allen Kommunen der gleiche Kita-Beitrag erhoben wird.

All das sind gute Gründe, zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten. Dass es unterm Strich günstiger wird, ist leider nicht realistisch.

Meine Damen und Herren,

bei allen Sparzwängen dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass unsere Stadt wächst und wir uns darauf einstellen müssen. Zwischen dem 31.12.2011 und dem 31.12.2014 – also noch vor der großen Flüchtlingswelle – ist unsere Bevölkerung von 72.942 auf 73.944 Menschen angewachsen.

Für die steigende Bevölkerungszahl benötigen wir Wohnbauland. Ein Lösungsansatz für dieses Problem könnten die Konversionsflächen darstellen. Die Verwaltung befindet sich seit längerem in Verhandlungen mit der BImA. Wir hoffen, Ihnen bald Ergebnisse präsentieren zu können. In den Haushaltsplanentwurf haben wir das Thema Konversion bereits als Sonderprojekt aufgenommen und erste Finanzmittel eingestellt.

Deshalb ist es richtig und nach Aussage der Bezirksregierung auch möglich, bei dem EFRE-Projekt einen Flächentausch vorzunehmen.

Das verzögert die weitere Entwicklung der General-Wewer-Kaserne nicht unnötig. Dort muss sich dringend etwas tun. Das Projekt energieautarker Stadtumbau kann ebenso auf dem Gelände der Damloup-Kaserne durchgeführt werden und eröffnet diesem Stadtteil dadurch eine besondere Perspektive.

Ich habe bereits in der letzten Woche in einem persönlichen Gespräch mit der Regierungsvizepräsidentin deutlich gemacht, dass sich eine Nutzung der Theodor-Blank-Kaserne als Zentrale Unterbringungseinrichtung durch das Land nahezu aufdrängt.

Dort sind die baulichen und logistischen Voraussetzungen gegeben, ohne dass groß investiert werden muss.

Mit einer solchen Lösung könnten wir dann mittelfristig die Situation im Dorenkamp entspannen. Das wäre eine gute Lösung für Rheine, und dann wäre eine sinnvolle Nutzung gefunden und an anderer Stelle müsste man nicht wieder neue Steuermittel in die Hand nehmen, um entsprechende Plätze für Flüchtlinge zu schaffen.

Meine Damen und Herren, Bauland rechts der Ems, gerade für junge Familien, ist knapp. Deshalb muss die Entwicklung der General-Wewer-Kaserne Priorität haben.

Schon jetzt können wir den hier lebenden Familien viel bieten. Dieses Angebot muss auch aufgrund des Wachstums erweitert werden. So müssen wir weiter in den Ausbau der Kindertagesstätten investieren. Unter anderem wird am Thieberg eine neue Kindertageseinrichtung gebaut. Die Stadt Rheine tritt hierbei erstmals selber als Investor auf. Diese geht 2016 an den Start, 2017 folgen zwei weitere Einrichtungen jeweils links und rechts der Ems und auch 2018 wird eine Kita ihren Betrieb aufnehmen. Rheine wächst.

Durch die beschlossene Anhebung der Obergrenze der Betreuungsplätze im Bereich des Offenen Ganztages an den Grundschulen um über 100 Plätze verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir helfen so den Eltern und den Unternehmen. Diese sogenannten weichen Standortfaktoren gewinnen mehr und mehr an Bedeutung für Unternehmen und für qualifizierte Arbeitnehmer.

Auch unsere Unternehmen benötigen Platz. Im Oktober letzten Jahres titelte die MV: „Rheine präsentiert sich als Standort der guten Arbeitgeber“. Die Unternehmen sind ein Garant für die positive Entwicklung der Stadt. An dieser Stelle möchte ich den ansässigen Unternehmerinnen und Unternehmern herzlich dafür danken. Nicht nur für Ihre Treue, sondern insbesondere für ihre Innovationen, ihre Anregungen und ihre Beharrlichkeit und natürlich auch für die Gewerbesteuer!

Durch Sie ist die Arbeitslosenquote im Bezirk der Hauptagentur Rheine seit Jahren auf sehr niedrigem Niveau und liegt derzeit bei nur 4,5 % [Oktober 2015].

Wenn wir unsere Anziehungskraft behalten oder sogar noch steigern wollen, müssen wir den Unternehmen den dafür erforderlichen Raum bieten. Raum zum Denken und zum Arbeiten, für Neuansiedlungen und Expansionen. Diesen Raum können wir in absehbarer Zeit durch ein neues Gewerbegebiet in Holsterfeld bieten.

Neben dem Ausbau im Bereich der Kitas wird in den kommenden Jahren auch in andere Infrastrukturobjekte investiert werden müssen. Zu nennen sind vor allem die Nelson-Mandela-Schule, die am letzten Freitag ihr Namensfest gefeiert hat, Feuerwehrgerätehaus rechts der Ems und die Euregio-Gesamtschule.

Aber auch der Rahmenplan Innenstadt mit einem Gesamtvolumen von über 14 Mio. Euro bis 2022 muss weiter an Fahrt aufnehmen. Als eine der ersten und we-

sentlichsten Maßnahmen werden der Bustreff und die Bahnhofstraße umgebaut und im Zusammenhang mit der Eröffnung der Ems-Galerie im nächsten Jahr werden Maßnahmen zur Umgestaltung des dortigen Umfeldes vorgenommen.

Meine Damen und Herren,

auch wenn ein strikter Sparkurs in den nächsten Jahren erforderlich sein wird, werden wir aber immer auch über sinnvolle Investitionen sprechen müssen. Die neuen Mittel aus dem Topf des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW sollten wir möglichst ergebniswirksam einsetzen für Projekte, die ohnehin auf unserer Agenda stehen. Die Verwaltung wird Ihnen hier in Kürze Vorschläge präsentieren.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

Langeweile wird in den nächsten Jahren nicht aufkommen. Und es ist auch nicht alles vergnügungssteuerpflichtig, was wir gemeinsam zu beraten haben. Lassen Sie uns gemeinsam auf den Weg machen und mit einer soliden Haushaltspolitik unseren Beitrag zur Generationengerechtigkeit liefern. Die Verwaltung wird Sie dabei nach Kräften unterstützen.

Ihnen wünsche ich ab jetzt zielorientierte Etatberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.